



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

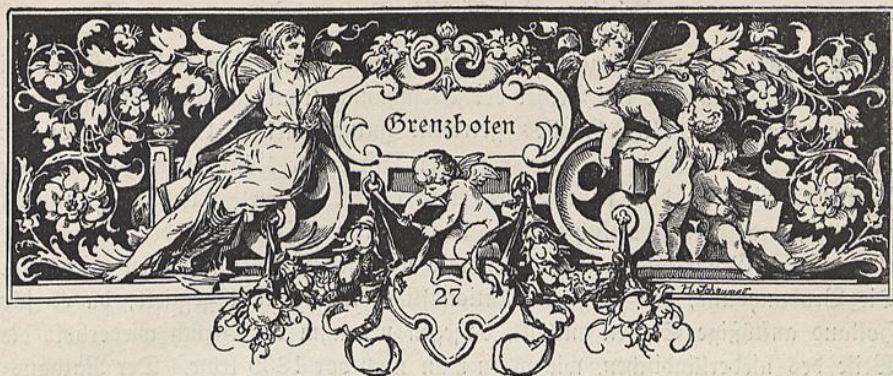
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Belgische und holländische Verlegenheiten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Belgische und holländische Verlegenheiten.



Belgien und dem benachbarten Holland erging es nach allerhand stürmischen Zeiten seit etwa einem Menschenalter wie guten Frauen, von denen die Welt am wenigsten spricht. Sie gediehen zusehends, wurden immer wohlhabender, fanden sich immer besser in das Schicksal, das sie, die einst vereinten, getrennt hatte, und spielten dabei weder in der großen Politik noch in den Spalten der auswärtigen Zeitungen eine Rolle. In Holland gab es häufig Ministerwechsel, in Belgien hin und wieder einen Janf der herrschenden Liberalen mit dem Vatikan und seinen Parteigängern, aber niemand außerhalb dieser modernen Phäakenländer hatte groß Acht auf jene an ihrem sonnigen Himmel zuweilen aufsteigenden und wieder verschwindenden Wölkchen; sie schienen nur zu kommen, damit es den beiden kleinen Völkern nicht allzuwohl ergehe und ihr Leben nicht zum Vegetiren werde.

Jetzt ist diese behagliche Ruhe bei beiden plötzlich unterbrochen worden, in Belgien durch das überraschende Ergebnis der Kammerwahlen, das den Liberalismus vom Staatsruder vertrieben, in Holland durch die schwere Erkrankung eines Prinzen, welche das Land mit dem Aussterben seiner Dynastie bedroht hat. Hier wie dort giebt es Beklemmungen, Verlegenheiten und Klagen, von denen auch wir Deutschen einigermaßen Notiz nehmen müssen. Namentlich gilt dies von dem Lande unsrer werthen Vettern, der Nynheers, insofern gewisse englische und französische Zeitungsstimmen die Verlegenheit derselben zum Anlaß genommen haben, die deutsche Politik schlimmer Absichten in bezug auf deren Selbstständigkeit zu verdächtigen.

Vor ein paar Jahren feierte man in Brüssel den Gedenktag einer Scheidung, die ein halbes Jahrhundert vorher die Ehe zwischen Holland und Belgien ge-

Grenzboten III. 1884. 1

trennt hatte, und vor kurzem folgte darauf eine Reihe von Festlichkeiten, bei denen man ebendasselbst den Becher der Versöhnung trank und die schon geraume Zeit an die Stelle alten Grolles getretene gutnachbarliche Gesinnung vor der Welt besiegelte. König Leopold war der Wirt, der König von Holland der Gast des Volkes, das seine Väter einst regiert hatten. Alles ging äußerst gemüthlich und freundschaftlich zu, und kein Mißton traf das Ohr des Monarchen, als er seine Geburtsstadt zum erstenmale seit vierundfünfzig Jahren wieder sah. Die Brabançonne, das belgische Nationallied, wurde nicht gespielt, da es für Holland anstößige Stellen enthält, dagegen vernahm der Besuch wiederholt die Weise des niederländischen, wie wenn man noch vor 1830 lebte. Der Rathhausturm empfing die Gäste mit den Tönen eines Glockenspiels, wozu von mittelalterlich gekleideten Herolden auf Posaunen geblasen wurde. Festlichkeit folgte auf Festlichkeit in Gärten und Sälen. Kurz, König Wilhelm der Dritte hatte in keiner Weise Ursache zu bereuen, daß er der Anregung des belgischen Gesandten im Haag, seinen Nachbar in Brüssel zu besuchen, Folge geleistet hatte.

Die durch das ersterwähnte Fest verherrlichte Revolution hatte Belgien in die Bahnen des Liberalismus geführt, in denen es dann größtenteils verharrte, da namentlich in den Städten meist eine starke Strömung politischen und religiösen Freidenkertums herrschte und die Neutralität des Landes keine straffe Zusammenfassung der Kräfte erforderte. Vorzüglich der französisch sprechende Teil der Bevölkerung huldigte dieser Richtung, und die Pariser Kammertribüne und Presse fand immer ein Echo jenseits der schwarz-rot-gelben Grenzpfähle. Während Louis Napoleon in Frankreich regierte, wurde der freisinnige Geist der Belgier von Jahr zu Jahr intensiver. Je mehr Fesseln dem französischen Journalwesen angelegt wurden, desto freier bewegte sich das belgische. Flüchtlinge aus Paris ließen sich an verschiedenen Orten des Landes nieder und säeten, obwohl sie sich öffentlicher Kundgebungen enthalten mußten, in die Gesellschaft radikale Lehren, die sich namentlich gegen die Ansprüche des Klerus kehrten. Andererseits erfreuten sich die Liberalen viele Jahre des Vorteils, Könige zu haben, die rein parlamentarisch regierten, oder richtiger gesagt, die Majorität der Kammer regieren ließen, und deren erster es mit Takt und Klugheit immer so zu wenden wußte, daß ein durch eine Revolution entstandener Staat an allen Höfen gern gesehen wurde, da er seine Freiheiten nicht mißbrauchte. Leopolds Sohn und Nachfolger war ein ungefähr gleich gewandter Politiker. Aber trotz alledem hat jetzt die liberale Partei eine furchtbare Niederlage erlitten, die Klerikalen haben an den Stimmurnen die Majorität erlangt, und Frère-Orban und seine Kollegen sind genötigt gewesen, vom Staatsruder zu weichen und ihre Posten Männern der Gegenpartei einzuräumen, an deren Spitze Malou, der Hauptführer der Klerikalen, als Premier steht. Der Sieg der Letztern ist ein fast unerhörter. Nicht nur in den ländlichen Distrikten haben die Klerikalen die Liberalen geschlagen und zwar meist

mit großer Stimmenmehrheit, sondern auch in Antwerpen, Brügge und Ostende, und in der Hauptstadt ist die ganze Kandidatenliste derselben ohne eine einzige Ausnahme durchgegangen, während Brüssel bis jetzt unter seinen sechzehn Abgeordneten nicht einen Klerikalen zählte.

Das ist ein Ereignis, welches zu denken giebt, wenn auch keineswegs ein Wunder. Die große Mehrzahl des niedern belgischen Volkes ist katholisch, und zwar streng katholisch; die Blämingen nicht bloß, sondern auch viele Bauern und Kleinbürger wollen keine Verweltlichung des Unterrichts, und am wenigsten eine solche, die den Religionslehrer ganz aus der Schule entfernt. Die belgischen Liberalen aberkehrten sich — herrschsüchtig, rücksichtslos und unpraktisch, wie die Partei oft auftritt — nicht an diese Thatsache. Anderwärts sorgte man für Schulen, in welchen die Kinder aller Bekenntnisse erzogen werden sollten, überließ aber die Religion privater Sorge. In England zahlte der Staat sogar Beiträge zur Unterhaltung geistlicher Schulen, die neben den von Gemeindesteuern erhaltenen bestanden. Die belgischen Liberalen dagegen schlossen sich der Meinung Gambettas an, daß „der Klerikalismus der Feind ist,“ und bekämpften alle von der Kirche geleiteten Schulen, indem sie den Elementarunterricht nicht nur verweltlichten, sondern den so verweltlichten auch obligatorisch machten. Das belgische Volk ist aber im Durchschnitt nicht wohlhabend, und die neuen Einrichtungen erforderten eine höhere Besteuerung. So zogen die Klerikalen nach den Stimmurnen, zunächst erfüllt von Haß gegen den weltlichen Unterricht, sodann aber mit der immer sehr wirksamen Parole: „Keine neuen Abgaben!“ Ferner haben die Radikalen der liberalen Sache in doppelter Weise schwere Nachteile zugefügt: einmal durch ihre groben Ausschreitungen gegen die gläubigen Katholiken, dann dadurch, daß sie Uneinigkeit ins liberale Lager trugen. Sie veranlaßten z. B. burleske Aufzüge in den Straßen, bei denen man Heiligenbilder und andre in katholischen Augen geweihte Gegenstände verhöhnte, und der schlechte Geschmack, der sich in diesen organisirten Beleidigungen kundgab, entfremdete der Sache der belgischen Fortschrittler nicht wenige Gemüther, die sonst an einem Strange mit ihnen gezogen hatten. Dazu kam, daß die fortgeschrittenern Liberalen eine Umgestaltung der Verfassung erstrebten, das allgemeine Stimmrecht verlangten und überhaupt „Demokraten“ sein wollten, wie denn die acht Deputirten, die in der zweiten Kammer die äußerste Linke bilden, Ende Mai an die Mitglieder der liberalen Union und des konstitutionellen Vereins von Brüssel ein Schriftstück richteten, in welchem sie erklärten: „Der Liberalismus ist unverständlich ohne Demokratie; denn sie ist sein Herz. Nur sie kann die Kraft verleihen zum Kampfe gegen die Unduldsamkeit [die auf Seiten dieser Herren mindestens so groß und so grob ist wie auf Seiten der Schwarzen], gegen den klerikalen Fanatismus, den ewigen unverföhnlichen Feind unfreier staatlichen Freiheiten, nur sie wird uns stärken zur Verwirklichung jedes Fortschritts, den wir erstreben.“ Endlich wirkten zur Niederlage der belgischen

Liberalen noch andre Ursachen mit: ein erheblicher Teil der Beamten hat, mit seiner Stellung unzufrieden, gegen die freisinnige Regierung gestimmt, die arbeitenden Klassen, welche die Regierung für die in Handel und Wandel herrschende Stockung verantwortlich machen, haben desgleichen gethan, und schließlich machten sich viele Liberale, als ihrer Sache zu sicher, der Lässigkeit schuldig, während ihre Gegner den größten Eifer entwickelten.

Die konservative Reaktion gegen die Maßlosigkeit eines Teiles der Liberalen kann nicht überraschen. Soweit Rom die Völker zu beherrschen und die Gedankenfreiheit in Fesseln zu schlagen strebt, ist es ganz natürlich, wenn man es haßt und verabscheut. Wenn aber freidenkerische Bigotterie die Kirche nieder treten will, die Liberalen ihrerseits fanatisch, engherzig und unduldsam auftreten, so ist es ebenso natürlich, daß darüber mancher an ihrem Programm irre wird und ihrer Fahne den Rücken zukehrt, weil sie nicht mehr die Freiheit, sondern die aufgeklärte Tyrannei bedeutet, die nicht weniger schmerzt als die ultramontane. Wie Überstürzung in solchen Angelegenheiten sich rächt, haben wir in den letzten Jahren auch in andern Ländern gesehen, in Spanien z. B., in gewissem Maße auch in Italien, ja selbst in Deutschland, wo Bismarck den Birchowschen „Kulturkampf“ anfangs überhaupt nicht wollte und dann wenigstens nur mit halbem Herzen die Falschen Gesetze, die vielfach zu weit gingen, guthieß.\*) Die Radikalen begreifen in ihrem dem Leben abgewandten Doktrinismus niemals die Duldung von politischen Gegnern, und das Christentum erscheint ihnen als besonders energisch zu bekämpfender Feind. In Frankreich beherrscht diese Abneigung gegen die Religion noch immer die Mehrheit der Gesetzgebung, und die Regierung kann sich hier die härtesten Maßregeln gegen die Kirche erlauben, ohne von anderer Seite Widerspruch zu erfahren als von den Monarchisten. Der Umschwung in Belgien sollte hier als Memento wirken und zum Einhalten auf der abschüssigen Bahn veranlassen.

Die durch schwere Erkrankung des Prinzen Alexander erregte Beklemmung in Holland scheint, während wir dies schreiben, ihren Gegenstand verloren zu haben, da der Thronerbe König Wilhelms sich nach den letzten Nachrichten auf dem Wege der Besserung befindet. Wir brauchten also dieser Verlegenheit nicht weiter zu gedenken, wenn nicht die ausländische Presse an dieselbe Vermutungen geknüpft hätte, die völlig grundlos sind. Man begegnete selbst in einem unsrer Politik sonst wohlgesinnten englischen Blatte, das sich großer Verbreitung erfreut, den seltsamsten Gedanken. Es sind noch Leute am Leben — hieß es —, die sich erinnern, wie die „spanischen Heiraten“ und die Möglichkeit, daß französische Prinzen spanische Prinzessinnen heirateten, England und Frankreich bei-

\*) Vergl. die Mitteilungen bei M. Busch, „Unser Reichskanzler,“ Bd. I, S. 139 bis 151, die nach Stil und Inhalt offenbar aus bester Quelle stammen und von der Kritik viel zu wenig beachtet worden sind.

nahe in Krieg verwickelt hätten. Erst vor vierzehn Jahren beschleunigte die Erledigung des spanischen Thrones und dessen Neubesezung den Kampf zwischen Deutschland und Frankreich. Wie, wenn die gegenwärtige holländische Dynastie erlösche? „Der König ist alt, sein Erbe sehr krank, es existirt nur ein Kind noch, und zwar eine Prinzessin, und wird Holland sich zum erstenmale von einer Königin regieren zu lassen geneigt sein? Das ist nicht Brauch bei den Deutschen, und die Holländer sind ihrer Abstammung nach Deutsche. Sehen wir von dem kleinen Mädchen ab, so geht die Krone einst auf den Fürsten von Wied über, aber da dessen Ansprüche sich gleichfalls auf eine Frau gründen, so würde das salische Gesetz auch ihn ausschließen. Dann tritt das Recht des Erzherzogs von Nassau in Geltung. Dieser ist der legitime und anerkannte Erbe in betreff Luxemburgs. Wird Deutschland ihn auch König von Holland werden lassen, oder wird es sich mit ihm verständigen und ihn dadurch mit der Vergangenheit versöhnen, daß es ihm für die verlorene nassauische Herzogskrone gestattet, das fremde und vornehmere Diadem sich aufs Haupt zu setzen? Das wäre eine des Fürsten Bismarck würdige Politik: er würde einen deutschen Fürsten auf den Thron von Holland bringen und letzteres dann durch Verträge zum »Admiralstaate« des Reiches machen. Mit einem Schlage würde das deutsche Reich eine Flotte, Kolonien und Welthandel haben und über den Rhein von seiner Quelle bis zu seiner Mündung gebieten. Was die Franzosen dabei empfinden würden, können wir erraten, was sie dazu sagen würden, läßt sich aus dem Schweigen voraussagen, das sie beobachteten, wenn Bismarck auch nur den kleinen Finger erhebt, was sie dagegen thun würden, steht auf einem andern Blatte geschrieben. Ein abermaliger Angriff auf Deutschland würde einen abermaligen Anfall von Tobsucht in Paris voraussetzen, und es ist noch zu früh, als daß man eine Wiederkehr politischen Irrsinns dort erwarten dürfte. Was aber würden die Holländer dazu sagen, wenn man sie gegen ihren Willen germanisirte? Die Deutschen werden als Herrscher oder Regierer oft mehr geachtet als geliebt. Die Italiener haßten sie, die Polen und Tschechen verabscheuen sie. Die Holländer sind Verwandte von ihnen, und Fürst Bismarck wußte sich neulich mit dem Boerpräsidenten Krüger ganz flott zu verständigen, indem er mit demselben Plattdeutsch sprach. Aber Familienhäfeleien sind sprichwörtlich, und Vettern ersten Grades sind oft aufgelegt, miteinander zu raufen. Eine holländische Auflehnung gegen die Einverleibung in Deutschland wäre nicht unmöglich, und wir können mit Sicherheit annehmen, daß der deutsche Reichskanzler, wie gern er auch eine ruhig vor sich gehende Besitznahme sehen möchte, keinen Schritt in der Sache thun wird, wenn er glaubt, daß Holland in seinen Händen ein Irland sein würde. Glücklicherweise sind die Zeiten vorüber, wo England sich einmischte: es wird keinen Mann senden und keinen Penny ausgeben, um einen Prinzen oder eine Prinzessin auf den holländischen Thron zu setzen oder sie davon fernzuhalten.“

Wir können weitergehen und sagen: Auch wenn England noch so einmischungslustig wäre, wie es dies nach dieser Erklärung und nach unsrer eignen Meinung nicht ist, brauchten sich die Friedensfreunde in London nicht zu ängstigen; denn in Deutschland ist man mit dem 1864 im Norden und 1871 im Westen Gewonnenen und Wiedergewonnenen vollständig zufriedengestellt. Wir bedurften eine sichere Grenze in Nordschleswig und in Elsaß-Lothringen, und wir bekamen sie durch Verblendung dort der Dänen, hier der Franzosen und, abgesehen von alten Rechten, die nur noch im Gefühle fortlebten, kraft des Rechtes, welches der Sieg über diese verblendete Provokation verlieh. Wir haben keinerlei Recht auf Holland, wir bedürfen weder seiner Schiffe noch seiner Kolonien, wir treiben selbst Seehandel und haben eine für unsre Interessen genügende Kriegsflotte, und der Rhein muß keineswegs notwendig auch in seinem untern Laufe in unserm Besitze sein. Wäre es anders, bedürften wir, was die Engländer als von uns gewünscht ansehen, und schüfe man uns irgendwie ein Recht, uns Holland als Sonderstaat des Reiches anzugliedern, so würden wir uns von der Geltendmachung dieses Rechtes schwerlich durch die Betrachtung abhalten lassen, daß es den Vettern in Großmuffrika nicht gefiele. Nur der Rechtsinn, die Beschränkung auf das Notwendige und die Friedensliebe, die das deutsche Reich regieren, verbieten uns diese wie andre Aggressionen, die man uns insinuiert.



## Der Wirtschaftsbetrieb des Staates.



Die Frage, ob und inwieweit der Staat den Beruf habe, sich an dem Wirtschaftsbetriebe des Volkes zu beteiligen, ist im Laufe der letzten Jahre vielfach Gegenstand oft sehr lebendig geführter Erörterungen gewesen. So riefen z. B. zwei im Februar v. J. von dem Abgeordneten Professor Dr. Adolf Wagner im preussischen Abgeordnetenhaus gehaltene Reden, welche diese Frage berührten, eine lebhaftere Aufregung innerhalb und außerhalb des Hauses hervor. Wir fühlen uns nicht gedrungen, die Ansichten Wagners in jeder Beziehung zu vertreten, haben aber in seinen damaligen Reden kaum etwas finden können, was zu dieser Aufregung berechtigende Veranlassung gegeben hätte. Immerhin aber wird es von Interesse sein, den Beruf des Staates, in den Wirtschaftsbetrieb des Volkes einzugreifen und geeignetenfalls selbst einzelne Wirtschaftsbetriebe in die Hand